

N i e d e r s c h r i f t
über die 92. - öffentliche - Sitzung
des Ausschusses für Inneres und Sport
am 11. Dezember 2025
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Austausch mit dem neuen Kommandeur des Landeskommandos Niedersachsen, Herrn Oberst Frank Wachter, unter anderem zu den Herausforderungen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit** 4
2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 19/8218](#)
Fortsetzung der Beratung 22
Beschluss 25
3. **Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken - Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5071](#)
Mitberatung 26
Beschluss 27

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Doris Schröder-Köpf (SPD), Vorsitzende
2. Abg. Deniz Kurku (SPD)
3. Abg. Alexander Saade (SPD)
4. Abg. Julius Schneider (SPD)
5. Abg. Ulrich Watermann (SPD)
6. Abg. Sebastian Zinke (SPD)
7. Abg. André Bock (CDU)
8. Abg. Saskia Buschmann (CDU)
9. Abg. Birgit Butter (CDU)
10. Abg. Lara Evers (CDU)
11. Abg. Lena-Sophie Laue (i. V. des Abg. Alexander Wille) (CDU)
12. Abg. Michael Lühmann (GRÜNE)
13. Abg. Pascal Leddin (i. V. der Abg. Nadja Weippert) (GRÜNE)
14. Abg. Stephan Bothe (AfD)

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Parlamentsrätin Brüggeshemke (Mitglied).

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Biela.

Niederschrift:

Regierungsrätin Harmening, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10:15 Uhr bis 12:05 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:

Billigung von Niederschriften

Der **Ausschuss** billigt die Niederschriften über die 86. und die 87. Sitzung.

Tagesordnungspunkt 1:

Austausch mit dem neuen Kommandeur des Landeskommandos Niedersachsen, Herrn Oberst Frank Wachter, unter anderem zu den Herausforderungen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit

Das Gespräch verläuft im Wesentlichen wie folgt:

Oberst **Wachter** (LKdo NI): Vielen Dank für die Einladung und die Gelegenheit, hier zu Ihnen zu sprechen. Einige der Anwesenden waren bei der Kommandoübergabe dabei, dennoch will ich mich kurz vorstellen.

Ich bin seit 1986 Soldat. Nach dem Abitur in Ulm bin ich zur Panzertruppe gegangen, zunächst als Wehrpflichtiger, dann habe ich die Offizierslaufbahn eingeschlagen und Staats- und Sozialwissenschaften an der Universität der Bundeswehr in München studiert. Die ersten 14 Jahre habe ich bei der Panzertruppe verbracht, daran hat sich die Generalstabsausbildung angeschlossen - erst die deutsche in Hamburg und im Anschluss die französische in Paris. Insofern habe ich auch immer die französische Perspektive im Kopf. Meine Führungsverwendung habe ich auch aufgrund der französischen Ausbildung im deutsch-französischen Umfeld verbracht. Ich war Bataillonskommandeur beim Eurokorps in Straßburg und später stellvertretender Kommandeur des deutschen Anteils der Deutsch-Französischen Brigade in Müllheim im Markgräflerland.

Insgesamt war ich zweieinhalb Jahre im Auslandeinsatz. Ich war zweimal in Afghanistan, zweimal in Mali und auf dem Balkan. In Mali war ich beide Male Führer des deutschen Einsatzkontingents, erst bei EUTM in Koulikoro und zwei Jahre später bei MINUSMA in Gao.

Ministerielle Erfahrung habe ich unter anderem im Bundesministerium der Verteidigung als Referatsleiter Ausbildung und Übung, damals noch zu Coronazeiten, sammeln können. Vorher war ich als Referent im Presse- und Informationsstab für die Einsätze und den Sanitätsdienst zuständig. Meine jüngste Station war Chef des Stabes an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, und seit wenigen Wochen bin ich nun Kommandeur des Landeskommandos.

Kurz zum Privaten: Ich bin verheiratet und Vater zweier erwachsener Töchter. Wohnhaft bin ich im schönen Lipperland, weil ich mit einer Lipperin verheiratet bin. Ich bin immer umgezogen, und die übrige Familie ist sesshaft geblieben.¹

Ich werde im Folgenden kurz den Sachstand anhand einer Präsentation² mit Ihnen teilen. Dann können wir ins Gespräch kommen, und ich versuche, Ihre Fragen zu beantworten.

¹ Der gesamte Lebenslauf ist dem Curriculum Vitae (<https://www.bundeswehr.de/resource/blob/6000656/f5b297c9d7599c4e45b5fcc54be19396/vita-lebenslauf-oberst-wachter-landeskommando-niedersachsen-data.pdf>) zu entnehmen.

² Die vollständige Präsentation ist dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

Ich fange mit dem Klassiker bei der Bundeswehr an: die Bedrohungslage.

AKTUELLE BEDROHUNGSLAGE - RUSSLAND



„Der Zerfall der Sowjetunion war die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“
Putin, 2005

„Das ist nicht die Frage. Aber wenn ich wollte, könnte ich Kiew in zwei Wochen einnehmen.“
Putin, in einem Telefonat mit dem Präsidenten der EU-Kommission José Manuel Barroso auf die Frage, ob russische Truppen die Grenze zur Ostukraine überschritten hätten. 02.09.2014

„Westliche Nationen müssen erkennen, dass wir auch Waffen haben, die Ziele auf ihrem Territorium treffen können (...) All das droht wirklich ein Konflikt mit dem Einsatz von Atomwaffen und der Zerstörung der Zivilisation zu werden. Verstehen sie das nicht?“
Putin, Rede zur Lage der Nation, 29.02.2022

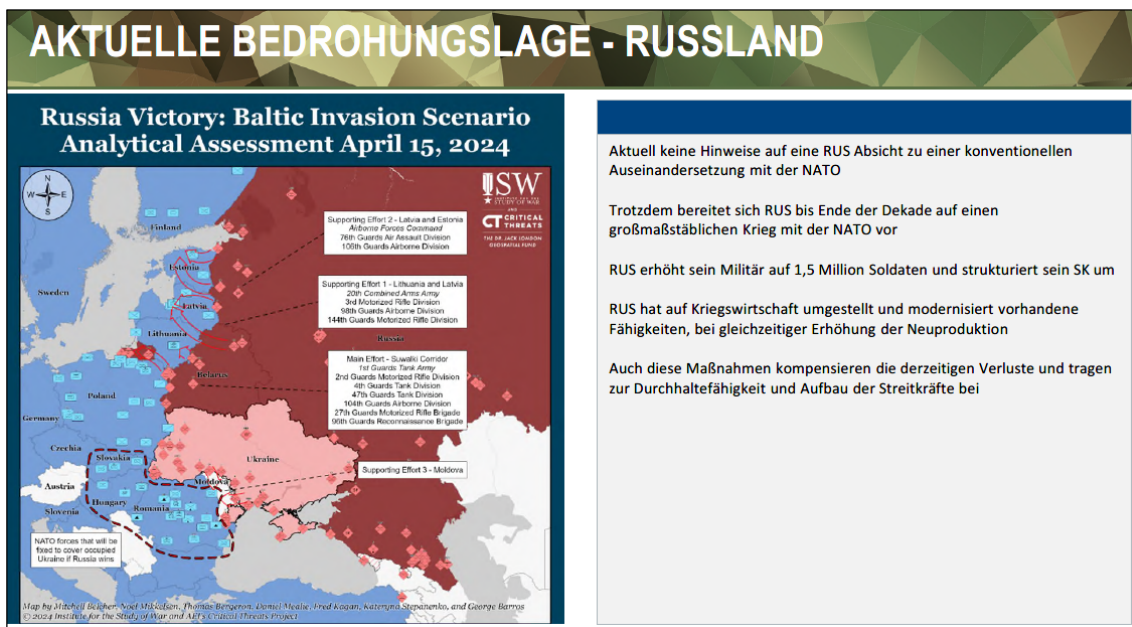
Im Augenblick und in Zukunft ist unabhängig von der neuen US-amerikanischen Sicherheitsstrategie, die wir vergangenes Wochenende zur Kenntnis genommen haben, Putin absehbar und unverändert die größte Gefahr für Sicherheit und Frieden in Europa. Der Krieg in der Ukraine ist aus der Bewegungsphase längst in eine Art Stellungsabnutzungskrieg übergegangen, in dem vermutlich am Ende derjenige vorn sein wird, der den längeren Atem hat. Im Augenblick läuft die sogar relativ starke russische Winteroffensive auf allen drei Frontabschnitten - Nord, Mitte, Süd -, allerdings typisch, wie es jetzt für diesen Krieg ist, im Schwerpunkt mit aus sicherer Distanz von Flugzeugen abgeworfenen Gleitbomben, mit Drohnen und Artillerie und wenig mit Bodenkraften. Wenn Bodenkraften involviert sind, dann nur mit ganz schmalen Fußabdrücken, vereinzelte Stoßtruppunternahmen, die es den Ukrainern immer wieder erlauben, zwischendurch auch erfolgreiche Gegenangriffe zu starten. Aber insgesamt sind die Russen in allen drei Abschnitten auf dem Vormarsch.

Nach allem, was wir wissen, schafft es die Ukraine nicht, das Momentum zu drehen, auch weil dafür langsam das Personal knapp wird. Perspektivisch wird die Personalstärke nicht ausreichen, um den Verlauf zu ändern. Hinzu kommt die knappe Finanzlage. Das Geld reicht in etwa bis Weihnachten. Derzeit gibt es aber verschiedene Initiativen in Europa, um das Problem vielleicht noch zu beheben. Es macht sich jedoch nicht nur das Fehlen der US-amerikanischen Fähigkeiten bemerkbar, sondern auch der Geldmangel. Deswegen ist das Thema „Frozen Assets“ in Belgien durchaus interessant. Laut Berechnungen könnten damit noch zwei Jahre finanziert werden, die einen Unterschied machen könnten.

In Europa sind wir auch mit Blick auf das US-amerikanische Strategiepapier an einem Punkt angekommen, an dem wir sagen müssen: Entweder geben wir der Ukraine - so wie jetzt auch - gerade das Nötige, damit sie irgendwie den Kopf über Wasser halten kann - das so weiterzubetreiben, wäre fast schon unmoralisch -, oder wir committen uns richtig und versuchen, die Ukraine zumindest in die bestmögliche Lage für künftige Verhandlungen zu versetzen. - Von Sieg und Niederlage zu sprechen, ist ohnehin schwierig. - Das wäre des Schweißes der Edlen wert. Aber das ist oberhalb meiner Gehaltsklasse, das ist nur meine persönliche Einschätzung. Das ist ein

politisches Thema, und es sind politische Entscheidungen vor allem auf europäischer Ebene erforderlich.

Aus Sicht der Amerikaner scheinen Russland und China alles richtig gemacht zu haben und die Europäer mehr oder weniger die Einzigen zu sein, die einer Kurskorrektur bedürfen, und man würde vielleicht sogar bei dieser helfen, wenn wir es denn wollten. Das ist - ein wenig zynisch auf den Punkt gebracht - die Kernaussage in diesem Papier, von dem viele sagen, Trump hätte es gar nicht gelesen, und es hätten seine Leute geschrieben, die noch eine Zukunft vor sich haben. Das ändert aber nichts am Befund. Putin hat es jetzt in der Hand. Er hat es jetzt sogar schriftlich, dass sein Vorgehen nicht völlig verkehrt war, und wir müssen sehen, wie sich die Situation entwickelt. Denn Antworten auf die Fragen, wie lange der Krieg noch dauern wird und wie eine Lösung des Konflikts am Ende aussehen wird, sind reine Spekulation.



Die Absichten Putins sind, glaube ich, unverändert. Denn unabhängig von der Situation an der Front in der Ukraine, hat die nächste Phase bereits begonnen. Die russische Kriegsindustrie läuft unverändert auf Hochtouren. Die Indikatoren - einige sind rechts auf der Folie aufgeführt - zeigen auf, dass er weiterhin in der Lage sein möchte - irgendwann auch im größeren Stil -, Krieg zu führen, sodass unverändert die Absicht unterstellt werden kann, vor allem mit Blick auf Europa neue Spielregeln zu kreieren, NATO und EU weiter massiv zu schwächen und vermutlich eine Pufferzone einrichten zu wollen. Das bedeutet eine Rückabwicklung der Friedensordnung der 90er-Jahre auf den Status von vor 1997, als wir sozusagen „von Freunden umzingelt“ mit dem Nato-Projekt „Partnerschaft für den Frieden“ angefangen haben, den Russen vielleicht ein wenig zu schnell zu nah auf den Leib zu rücken. Ich glaube, die Zielrichtung ist, diese Pufferzone, diesen Cordon sanitaire wiederherzustellen, die Macht der NATO und EU zurückzufahren und selbst wieder am Tisch der Großen zu sitzen. Im Augenblick läuft es offenbar gut für Putin, insbesondere wenn es jetzt wirklich zu einer strategischen Partnerschaft mit den USA kommen sollte und sie ihn mit Blick auf neue Ziele im Indopazifik sozusagen aus der chinesischen Ummarmung befreien wollen. Das muss man leider konstatieren.

Letztlich ist es egal, wie viele Phasen mit Blick auf eine großmaßstäbliche Auseinandersetzung noch kommen. Eine Frage ist auch, ob diese überhaupt noch kommt, denn im Prinzip ist sie, wenn die USA so weitermachen, fast gar nicht mehr nötig. Das einzig Positive, was man vielleicht aus der Situation ziehen kann, ist, dass er sie vielleicht gar nicht mehr braucht, weil er jetzt viel schneller an seine Ziele kommt. Aber auf jeden Fall will er diese Drohkulisse aufrechterhalten, und Phase 1, die wir als hybride Phase bezeichnen und die die Ukraine-Front betrifft, betrifft auch schon die ganze Zeit uns. Das ist real.

Wir unterscheiden zwischen Frieden, Krise und Krieg, aber für Putin ist Krieg ein Kontinuum, zwar kein Normalzustand, aber ein Dauerzustand, der auf jeden Fall effizient und legitim ist, um politische Ziele zu erreichen. Das ist der fundamentale Unterschied zu uns. Für uns ist Krieg immer eine Ultima Ratio. Auch wenn Clausewitz gesagt hat, Krieg sei eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, ist Krieg immer das letzte Mittel, und das sollte er auch bleiben. Aber wir merken gerade, dass Kriegsvölkerrecht und humanitäre Maßstäbe bei dieser Verschiebung von Einflusszonen dieser großen Blöcke von USA, Russland und China zumindest keine vorrangige Rolle mehr spielen, sondern andere Interessen überlagern. Europa muss die Frage beantworten, wie stark wertegerichtet es weiter agieren will.

Auf jeden Fall läuft Phase 1, wir sehen das bei uns vor allem an den Drohnenflügen. Die Tendenz ist unverändert steigend. Auf Niedersachsen liegt ganz besonders ein Schwerpunkt. Die Hot-spots aus Sicht der Bundeswehr sind die beiden großen Stationierungsräume Wilhelmshaven und Munster. Insofern sind das auch keine Zufälle. Unser Minister hat bei der Berliner Sicherheitskonferenz gesagt, dass das Anzeichen sind und es Verbote gibt. Aus russischer Sicht befinden wir uns im Krieg. Russland führt Krieg gegen uns. Die Aussage früherer Regierungen, dass wir keine Kriegspartei werden dürfen, war für mich immer irritierend, weil wir es aus Sicht des Angreifers schon längst waren. Das aber nur als Randbemerkung.

RAHMENBEDINGUNGEN



- Deutschland spielt in NATO-Planungen wesentliche Rolle als **Drehscheibe** für den Aufmarsch und die Verlegung von Kräften zur Verteidigung des Bündnisgebiets.
- NATO hat New Force Modell mit Kräften in einer Stärke von insgesamt **800.000 Soldaten** in drei Bereitschaftsphasen beschlossen:
 - NTM 10 (100.000)
 - NTM 10-30 (200.000)
 - NTM 30-180 (500.000)

Landes- und Bündnisverteidigung beginnt für Deutschland nicht erst im Spannungs- und Verteidigungsfall, sondern sie muss bereits im Frieden angelegt sein.

Quelle: TerrFüKdoBw

Was macht die NATO nun? Sie tut das, was sie machen müsste, wenn sie ihre Verteidigungspläne aktivieren würde. Deutschland und vor allem Niedersachsen betrifft mit Blick auf die Marschbewegung der Regional Defence Plan Centre. Der Plan zielt im Kern Richtung Polen und dann hoch ins Baltikum. Die NATO versucht, durch Aufmarschfähigkeit glaubwürdig abzuschrecken. Die

Deployment Exercises haben begonnen. „Steadfast Dart“ ist die erste, die jetzt im Januar und Februar stattfindet und in der die NATO zusammen mit den Nationen - wir spielen dabei auch eine Rolle - die Aufmarschpläne überprüft und die Verfahren, vor allem die logistischen, trainiert, die damit zusammenhängen. Insgesamt 800 000 Soldaten sollen innerhalb von 180 Tagen, also innerhalb eines halben Jahres, verlegt werden. Sie müssen durch Deutschland, durch Niedersachsen marschieren und versorgt werden. Dahinter stehen mit Blick auf unsere Drehscheibenfunktion enorme koordinative und auch logistische Aufgaben.

Vors. Abg. **Doris Schröder-Köpf** (SPD): Sind die Streitkräfte der USA in dieser Rechnung enthalten, bzw. gibt es bereits eine Rechnung ohne diese?

Oberst **Wachter** (LKdo NI): Bei der Zahl von 800 000 sind US-Amerikaner mitgerechnet. - Dort sind auch insgesamt 30 000 Deutsche enthalten, insgesamt 5 000, die in Litauen stationiert sein werden, und 25 000, die zu den Tier-1- und Tier-2-Kräften gehören und innerhalb von 30 Tagen einsatzbereit sein müssen. - Aber klar ist, dass wir uns nicht darauf verlassen können und das auch irgendwie selbst hinbekommen müssen.

Im Übrigen sind das die Zahlen für den Fall, dass der Regional Defense Plan Center komplett exekutiert werden würde. Das wären dann ganz grob die Kräfteverhältnisse. Damit üben wir jetzt nicht, sondern mit wesentlich kleineren Päckchen, die aber hoffentlich stark genug sind, um Putin zu zeigen, was wir können und dass wir es ernst meinen - damit er nicht wieder das Gefühl bekommen kann, dass das eine Art Spaziergang für ihn wird, wie er es offenbar damals im Hinblick auf die Ukraine hatte. Der Sinn des Ganzen ist es, dieses Großmaßstäbliche, was er vielleicht auch gar nicht mehr braucht, auch durch Abschreckung auf jeden Fall zu verhindern. Das ist die Absicht. Und Übungen sind die Währung der Abschreckung. In Übungen wird bezahlt. Das ist das Einzige, was Putin akzeptiert und auch versteht. Vorhalteverträge, Arbeitsgruppen etc. beeindrucken ihn meiner Ansicht nach nicht besonders nachhaltig.

Das bedeutet für uns hier in Niedersachsen auch viel Kommunikation, um allen klar zu machen, dass solche Übungen auch Einschränkungen mit sich bringen. Es bedarf vor allem auch Verständnis bei der Bevölkerung, dass jetzt wieder verstärkt Militärkolonnen zu sehen sein werden, dass es lauter werden wird und dass vielleicht auch freilaufende Übungen in öffentlichen Räumen stattfinden werden, dass das, was wir früher in den 80er-Jahren eine Zeit lang hatten, aber schon wieder aus den Augen verloren haben, zurückkommt und das auch sein muss. Deswegen sind solche Veranstaltungen wie heute auch wichtig. Wir müssen uns einig sein in den Antworten auf die Fragen, was uns bedroht und wie wir uns wirksam dagegen schützen können. Früher hätte auch noch die Frage, was es kosten darf, eine Rolle gespielt. Heute ist diese Frage zumindest vorübergehend beantwortet. Aber bezüglich der ersten beiden Fragen ist nicht so klar, ob jeder darauf die gleiche Antwort gibt und weiß, was auf dem Spiel steht.

„Show of Force“ ist also das Gebot der Stunde. Jeder Tag zählt, um dem Ganzen etwas Glaubwürdiges und Sichtbares entgegenzusetzen, was Putin auch akzeptiert, ohne dabei zu überziehen. Die große Kunst ist wie immer bei allem, das richtige Maß zu finden. Niedersachsen selbst hat bei dem ganzen Unternehmen aufgrund seiner geostrategischen Lage eine herausgehobene Rolle. Denn der Plan weist Richtung Polen und Baltikum und nicht Richtung Österreich oder Tschechei. Das heißt, es geht viel über Niedersachsen, und Niedersachsen ist aufgrund der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur prädestiniert. Flughäfen, Seehäfen, Landverbindungen wie Schienen sind wichtig für die NATO und machen uns aus Sicht Russlands auch extrem

verwundbar. Aus Sicht Russlands ist Niedersachsen ein Land voller Hochwertziele, und so wenig wie man dort zwischen Frieden, Krise und Krieg unterscheidet, so wenig unterscheidet man zwischen ziviler und militärischer Infrastruktur. Das sehen wir in Kiew und in anderen Städten. Sie wissen auch, dass dieser Plan und dieses Drehscheibenkonzept nur funktionieren, wenn die Logistik funktioniert und es uns gelingt, die kritische Infrastruktur, die wir im Augenblick erheben, ermitteln, melden, auswerten, clustern, priorisieren, ausreichend mit Kräften zu schützen. Denn genau dort ist die Achillesferse unserer Bemühungen, und deswegen muss die Bundeswehr wachsen.



Vor diesem Hintergrund brauchen wir nicht nur den neuen Wehrdienst oder vielleicht eine Wehrpflicht, sondern wir brauchen auch die Reserve und die zivile Unterstützung mit Blick auf die Gesamtverteidigung. Denn allein werden wir diesen Plan nicht umsetzen können. Die Masse unserer Kräfte, die es könnten, wird nicht mehr vor Ort sein, weil sie entweder selbst an die Ostflanke marschiert oder bereits dort gebunden ist.

Im Übrigen ist es nicht nur mit Blick auf Drohnenflüge und hybride Angriffe aus russischer Sicht das Ziel, dieses noch in der Entstehung begriffene Haus gar nicht erst zur Finalisierung kommen zu lassen. Sie kennen die vier Kategorien hybrider Angriffe: Spionage, Sabotage, Cyberangriffe und Desinformation. Natürlich wird getestet, wie wir reagieren und wo unsere Schwachstellen sind. Das übergeordnete Ziel ist, so wie Putin die NATO und die EU schwächen will, die Resilienz unserer Gesellschaft zu schwächen, gar zu zermürben. Denn wie es sich zumindest im Augenblick abzeichnet, hört das nicht auf, und unsere Gesellschaft ist hinsichtlich der Fragen, was bedroht ist, wie wach wir sein müssen und wie wir uns wirksam schützen können, in einem Dauerstresstest. Das, was ich Ihnen jetzt erzähle, nutzt sich auch irgendwann ab. Irgendwann wollen wir das nicht mehr hören, weil es sperrig ist, wir keine Wahlen damit gewinnen und es auch nicht jeden Tag etwas Neues ist. Das ist das Problem. Trotzdem müssen wir klar im Kopf sein, und die großen Weichenstellungen müssen stimmen. Denn mit Blick auf die Bundeswehr kann es hinsichtlich der Einsatzbereitschaft nicht weiter nach unten gehen. Für 20 Jahre Stabilisierungsoperation hat sie gereicht, aber sie reicht nicht im Ansatz für das, was wir jetzt machen müssen.

Dafür brauchen wir das gesamte Land, nicht nur die Wehrpflichtigen. Wir brauchen alle, damit dieses Haus gebaut werden kann.

Der Konstruktionsfehler ist - unabhängig von rechtlichen Fragen -, dass wir jetzt mit Blick auf einen Krieg Vorkehrungen treffen und üben müssen, uns aber noch tief in der Rechtsordnung des Friedens bewegen, mit allen Bremsen, die diesbezüglich noch gelöst werden müssen. Das ist schwierig. Aber der eine Teil des Gebäudes steht. Dafür hat Generalleutnant Bodemann mit dem Operationsplan Deutschland (OPLAN DEU) gesorgt, und damit war eine große Erwartungshaltung verbunden. Dabei ist es wie beim Katastrophenschutz: Die Bevölkerung wird gewarnt, und dann muss in der Krisenkommunikation eigentlich die Bevölkerungsinformation kommen. Wir haben gewarnt, und dann kam nichts. Denn der Plan umfasst nicht nur 1 000 Seiten, sondern diese waren auch noch als geheim eingestuft. Insofern waren alle aufgeregt - die Kommunen, die Hauptverwaltungsbeamten, die Politik im Allgemeinen -, jeder wollte wissen, was er tun soll, wollte sich vernetzen usw. Aber es kam nicht wirklich etwas, und das hat dazu geführt, dass der Planungsstand aufseiten der Zivilverteidigung im Vergleich zur militärischen Seite unterentwickelt war. In diesem Bereich müssen wir jetzt so schnell wie möglich aufholen, weil wir den Plan - Stichworte „Drehscheibe“ und „Heimatschutz“ - nicht ohne die vierte Säule „Unterstützung der Streitkräfte“ - auf der Folie in Gelb dargestellt - umsetzen können. Wir brauchen sie zwingend, um unseren Auftrag hier zu Hause zu erfüllen. Das ist entscheidend. Denn wenn die Drehscheibe, die logistische Unterstützung, nicht funktioniert, funktioniert die Abschreckung nicht, und im scharfen Einsatz kommt nach zwei Tagen kein Nachschub mehr an. Dann ist das alles - und auch die Kräftestellung, die wir der NATO angezeigt haben - nicht mehr viel wert. Insofern muss etwas passieren, und ich bin auch hier, um Ihnen das noch einmal deutlich zu sagen.

Vor diesem Hintergrund ist es auch gut, dass Staatssekretär Hilmar den weitergabefähigen Teil des OPLAN DEU gestern in Berlin dem Operativen Führungskommando aus dem BMVg heraus übergeben hat. Dieser nennt sich OPLAN DEU/SZV (Schnittstellen „Zivile Verteidigung“) und wird jetzt umgesetzt. Das ist quasi die Übersetzung von „geheim“ auf „Verschlussache - Nur für den Dienstgebrauch“. Nach wie vor weiß nicht jeder alles, sondern bekommt nur die Kenntnisse, die nötig sind.

Gerade werden in Potsdam 16 Pakete geschnürt, weil jedes Bundesland anders betroffen ist, so wie innerhalb unseres Bundeslandes Niedersachsen auch die Kommunen völlig unterschiedlich betroffen sind. Es wird Landräte geben, die von dem gesamten Plan kaum etwas mitbekommen, und andere, die gar nicht wissen werden, wo sie anfangen sollen. Die Umsetzung der zivilen Schnittstellen - dabei geht es im Kern um die Unterstützungsleistung, also logistische Einrichtungen, aber auch um Straßenräume, um Korridore, die vorbereitet werden müssen -, wird nicht funktionieren, ohne die zivilen Planungen einigermaßen zielgerichtet auf die Schiene zu bringen. Insofern bin ich selbst gespannt, was in diesem Plan steht und wie wir die Aufgaben dann verteilen.

Die Innenministerin war am Anfang, als wir den OPLAN noch in Reinkultur hatten, etwas skeptisch, als es um die Kommunikation über die Verbindungskommandos in den Landkreisen und kreisfreien Städten ging. Mittlerweile sagt sie, dass wir das machen müssen, damit die Vorbereitungen getroffen werden können. Mit Blick auf die Drehscheibe und die Aufmarschleistung, die die NATO-Kräfte erbringen müssen, ist klar, dass dies nicht in einem Zug von Emden über den Harz nach Polen geschehen kann, sondern man braucht Möglichkeiten zum Boxenstopp,

irgendwelche logistischen Einrichtungen, wo man sich ausruhen und Vorräte auffrischen oder zur Not auch bleiben kann. Denn der Aufmarsch und die Abschreckung müssen skalierbar sein. Wir wollen nicht alles auf eine Karte setzen. Es werden auch Kräfte länger in Deutschland bleiben, als wir das bislang gewohnt sind, und diese müssen üben und brauchen Munition usw.

Leistungen wie Convoy Support Center, aber auch Aufnahmezonen nach Anlandungen auf See oder bei den Flughäfen sind jetzt mit Masse in Form von Vorhalteverträgen unter Dach und Fach. Hauptgewinner ist im Augenblick Rheinmetall. Wobei ich auch sage, dass das ganze Unternehmen Convoy Support Center - 14 sind es in Deutschland - einmal unter Volllast als Stresstest geübt werden müsste. Das müsste demnächst passieren. Ich sehe die NATO-Übungen auch mit der Zielrichtung, dass wir unsere Verfahren national gleich mittrainieren. Insofern ist es wichtig, dass wir dieses Delta zwischen ziviler und militärischer Seite relativ schnell schließen, damit wir auf Ballhöhe mitüben können. Im Augenblick können wir das nämlich noch nicht. Das Militär übt mit, aber dieser große gesamtstaatliche Ansatz kann noch nicht stattfinden, weil wir ein paar Hausaufgaben noch nicht gemacht haben und uns noch Grundlagen fehlen. Die Grundlagen, von der ich mir im Augenblick am meisten verspreche, sind die Schnittstellen zur zivilen Verteidigung. Ich glaube, sie sind auch als Grundlage gedacht, um die militärische Verteidigungsplanung mit der zivilen zu harmonisieren. Wenn ich das nächste Mal in diesem Ausschuss bin, wissen wir diesbezüglich bestimmt schon mehr.

Das war im Wesentlichen, was ich zum Thema OPLAN sagen wollte. Der Plan regelt im Kern den militärischen Anteil. Aber es ist kein Plan, der sämtliche Fragen der Gesamtverteidigung allumfassend regelt und Antworten auf alle Fragen liefert. Insofern wäre es im Nachhinein vielleicht besser gewesen, wenn das Bundesministerium des Innern von Beginn an diesem Plan mitgearbeitet hätte. Das wäre gut gewesen, um den Menschen das Gefühl zu geben, dass das Thema nicht nur die Bundeswehr betrifft, sondern auch die Zivilgesellschaft und zivile Planungen und Anstrengungen bedarf. Wichtig ist: Der Plan funktioniert nur, wenn alle gemeinsam daran arbeiten. Die Bundeswehr allein wird das nicht schaffen.

Abg. **Ulrich Watermann** (SPD): Zunächst einmal Danke für Ihre Ausführungen. Wenn man etwas lebensälter und erfahrener ist, weiß man, dass es diese Art von Übungen früher wirklich sehr regelmäßig - in meiner Region, dem Weserbergland, zweimal im Jahr - gegeben hat. Bei uns waren ganz viele Briten, US-Amerikaner und Niederländer stationiert, und die Übungen waren immer sehr eng mit den zivilen Schutzkräften verzahnt, auch bezüglich der Frage, wie man sich in der Nähe eines Atomkraftwerkes verhält und was das bedeutet. Ich war zehn Jahre lang Ortsvorsteher in einer kleinen Ortschaft, und wir waren beteiligt und einbezogen und wussten, was wir helfend leisten sollten, wenn ein Katastrophenfall eintritt. Die Übungen haben zum Teil auf den Höfen der Landwirte stattgefunden, und wir wussten immer, wo die Infrastruktur nicht funktioniert, an welcher Stelle kein Panzer über die Brücke kommen würde, und haben entsprechend gehandelt. Das ist dann alles langsam ausgelaufen.

Ich bin 1973 wegen der Frage nach Krieg oder Frieden in die Politik gegangen, und es ist schon schwer zu ertragen, dass die Situation jetzt anders ist. Aber darauf muss man sich jetzt einstellen. Dennoch finde ich auch die Entwicklung dazwischen vernünftig und richtig. Denn sie hat dazu geführt, dass wir die Möglichkeit bekommen haben, Deutschland wieder zu vereinen.

Ich unterstütze, was Sie gesagt haben, und gerade den letzten Punkt, den Sie angeführt haben, dass man alles zusammen denken und zusammen handeln muss, halte ich für das A und O. Man muss ganz deutlich sagen, dass nicht mehr geübt worden ist, dass es aber dazugehört. In der Hochwassersituation hat man gesehen, dass das Problem oft kein Mangel an Unterstützung war, sondern dass die Führungskräfte nicht geübt waren. Insofern müssen sowohl die militärischen als auch die zivilen Schutzkräfte üben. Das sollte man nicht als Zumutung empfinden. Ich kenne noch die Tiefflugübungen, sie waren ein viel größeres Übel als Hochspannungsmasten oder Windräder, aber sie gehörten zum täglichen Leben. Ich war immer skeptisch, was den NATO-Doppelbeschluss anging, aber inzwischen habe ich das gründlich auf den Kopf gestellt, weil ich erkannt habe, dass oft erst eine Drohung dazu führt, dass weitere Dinge folgen. Diese Erkenntnis kann man auch heute wieder hervorholen. Sie zeigt deutlich, wohin wir müssen. Wir müssen nicht dramatisieren, aber wir müssen konsequent vorangehen. Ich glaube, wir tun gut daran, sowohl die militärischen als auch die zivilen Kräfte deutlich darin zu unterstützen, in diesen Übungsbereich einzutreten und sichtbar zu machen, dass wir nicht bereit sind, uns einfach überrennen zu lassen. Das muss man auch politisch klar formulieren. Wenn man das nicht formuliert, gefährdet man unsere Demokratie und unser Land. Das muss man ganz deutlich sehen.

Ich finde es gut und klug, was Sie hier vorgetragen haben. Das gefällt mir sehr gut, und wir werden alles dafür tun, den Teil, für den wir Verantwortung tragen, zuzuliefern. Auch die kommunale Seite, für die wir im Innenausschuss auch verantwortlich sind, muss zuliefern. Denn viele Infrastruktur- und Übungsmöglichkeiten sind nicht mehr existent. Insofern bin ich heilfroh, dass wir jetzt einen solchen Weg gehen.

Abg. **André Bock** (CDU): Vielen Dank für den Vortrag, Herr Oberst Wachter. Sie haben deutlich geschildert, wo wir stehen, aber auch, wohin wir müssen. Wenn wir die Gesamtlage betrachten, die Sie dargestellt haben, ist es zwar auf der einen Seite beruhigend, dass wir auf dem Weg sind, aber auf der anderen Seite sehen wir, wie Russland agiert und dass dort die Kriegswirtschaft weiterhin auf Hochtouren läuft. Das bedeutet eine ernste Bedrohungslage für uns, und wir sehen, dass die Bevölkerung an vielen Stellen noch gar nicht so weit ist, sich auf eine mögliche Lage einzustellen. Ich denke, jedem von uns begegnet es täglich auch in Gesprächen im Wahlkreis, dass die Menschen die Bedrohung gar nicht so richtig wahrnehmen und denken, das alles sei weit weg. Wir müssen die Menschen viel stärker mitnehmen und hätten sie, ehrlich gesagt, auch schon viel früher abholen müssen. Insofern bin ich froh und dankbar, dass jetzt zumindest der Ansatz des „zivilen Teils“ des OPLAN DEU vorliegt.

Wir waren im März mit dem Innenausschuss in Berlin und haben auch mit dem BMI und dem BMVg etc. gesprochen. Wir hatten damals den Eindruck, dass die Zusammenarbeit dort noch nicht so richtig funktioniert - sowohl die Zusammenarbeit zwischen diesen Behörden, als auch mit den unteren Ebenen bis hinein in die Kommunen. Aber der OPLAN DEU/SZV lag zu dieser Zeit noch nicht auf dem Tisch und war noch nicht einmal ein Szenario. Zumindest ist es uns so dargestellt worden.

Wenn sich das jetzt mit den Schnittstellen „Zivile Verteidigung“ etwas konkretisiert, bin ich beruhigt. Denn mein Eindruck war damals, dass wir, was dieses Thema angeht, Chaos im Lande hatten. Offenbar wusste keiner, wer wofür zuständig ist und welche Kräfte im Zweifel überhaupt vorhanden sind. Ich habe aber andererseits positiv wahrgenommen, dass sich die Landräte als Katastrophenschützer vor Ort und Verantwortliche der Katastrophenschutzbehörden zumindest in meiner Region - Stade, Landkreis Harburg, Heidekreis - schon vor zwei, drei Jahren auf den

Weg gemacht haben und an Szenarien wie einen Blackout und an alles, was mit einem Krieg in Verbindung stehen könnte, denken sowie sich fragen, woher man Material bekommen kann oder ob man Verträge mit Mineralölkonzernen schließen sollte. Auf der untersten Ebene war man damit schon viel weiter als vielleicht auf den höheren Ebenen wie der Landesebene.

Ich nehme ferner positiv wahr, dass die niedersächsische Innenministerin jetzt offenbar auch anders denkt als vielleicht noch vor einem halben Jahr. Wir als Innenpolitiker beschäftigen uns in dieser Wahlperiode seit drei Jahren mit dem Thema, auch in verschiedenen Sicherheitsforen wie in Potsdam. Aber zugegebenermaßen habe ich auch in der Unionsfraktion an vielen Stellen wahrgenommen, dass vieles noch nicht angekommen war und man meinte, die Bundeswehr mache das schon irgendwie. Dass wir eine Gesamtverantwortung für die Verteidigung tragen, wurde ein Stück weit verdrängt. Insofern bin ich froh, dass wir jetzt anders unterwegs sind. Das müssen wir auch sein, und wir müssen auch klarer und deutlicher in der Ansprache der Bevölkerung werden. Ich hatte auch in Oppositionszeiten Sympathie für Boris Pistorius, weil er eine deutliche Sprache spricht - Stichwort „Kriegstüchtigkeit“. Das versteht im Zweifel jeder, und ich glaube, so muss man die Menschen auch ansprechen und mitnehmen. Wir wollen zwar nicht, dass der äußerste Fall eintritt, aber wir wollen uns auch nicht vorwerfen lassen, dass wir nichts getan und keine solchen Worte gefunden hätten.

Ich habe ein paar Fragen ans Sie. Die erste lautet: Ist der OPLAN DEU/SZV der endgültige Plan, oder ist das nur der erste Schritt?

Dann haben Sie das Thema Drohnen und Drohnenüberflüge angesprochen. Gerade Niedersachsen ist besonders betroffen. Wir hatten im letzten Plenarabschnitt eine Debatte dazu, in der die AfD behauptet hat, das sei alles gar nicht so schlimm und bedrohlich, man wisse nicht, wer dahinterstecke, und das komme nicht aus Russland. Mein Kenntnisstand ist, dass vermutlich überwiegend China und Russland dahinterstecken. Vielleicht können Sie einmal darauf eingehen, welche Erkenntnisse Sie dazu haben.

Sie haben aufgezeigt, dass - Stichwort „Drehscheibe Deutschland“ - 800 000 Menschen Richtung Ostflanke durch Niedersachsen geschleust werden müssen. Was haben wir eigentlich auf der Gegenseite zu erwarten? Sie haben gesagt, die russische Kriegswirtschaft laufe auf Hochtouren. Ich glaube, Russland verliert zurzeit ungefähr 5 000 Menschenleben pro Woche in der Ukraine und verkraftet das. Womit müssen wir rechnen, wenn es an der NATO-Ostflanke zum äußersten Fall kommt?

Dann noch zum Thema Gesamtverteidigung. Ich habe neulich gelesen, dass Schweden seine Verteidigungsstrategie angepasst und festgelegt hat, dass jede in Schweden lebende Person zwischen 16 und 70 in die Gesamtverteidigung - ob zivil oder militärisch - einbezogen wird, weil das eben gesamtstaatlich gedacht werden muss. Müssten wir so etwas in Deutschland nicht auch anstreben, damit das Bewusstsein, dass wir uns gegebenenfalls verteidigen müssen, wenn wir so frei leben wollen, wie wir es bisher tun, auch in der Bevölkerung ankommt?

Oberst **Wachter** (LKdo NI): Ich beginne mit dem Living Document, dem OPLAN. Der militärische Teil ist noch nicht fertig. Wir haben 2023 den ersten Entwurf fertiggestellt, jetzt sind wir in der zweiten Iteration. 2028 soll er als finaler Gesamtverteidigungsplan fertig sein. Das ist das Ziel. Der Plan wächst auf, und ich nehme an - bis 2028 ist noch etwas Zeit -, dass wir bis dahin auch den zivilen Teil, zumindest was die vierte Säule anbelangt, so weit hochgefahren haben, dass beide Teile einigermaßen kompatibel sind. Ich bin, ehrlich gesagt, überfragt, ob wir jemals einen zivilen Gesamtverteidigungsplan zum Beispiel für Niedersachsen haben werden oder ob das nicht eher dezentrale Vor-Ort-Lösungen sein werden. Insofern brauchen wir Schnittstellen, die die heterogene Situation im Land spiegeln. Die Betroffenheit von den NATO-Planungen und auch die Bedrohungslagen sind unterschiedlich. Es ist ein Unterschied, ob man zum Beispiel in Munster mit dem Wehrwissenschaftlichen Institut für Schutztechnologien oder in Unterlüß mit Rheinmetall High-Value-Targets in seiner Kommune hat oder nur einen schönen Sandstrand. Deswegen werden die Planungen vermutlich auch etwas heterogener weiterlaufen.

Aber, wie Sie richtig gesagt haben, auch ohne Plan muss jetzt jede Menge Arbeit erledigt werden. Es ist ein ganz wichtiger Punkt, dass jeder - das geht am Ende bis zum Einzelhaushalt - versucht, autark zu werden, und sich überlegt, was man ohne Strom macht, wie man Energiesicherheit erreicht, wie Führungsverfahren laufen, welche Mitarbeiter wohin gehen, sodass eine Schockphase möglichst kurz ist und wir, egal wo, schnell wieder in geordnetes Handeln kommen. Aber das ist extrem dynamisch, und auch unser Plan ist extrem dynamisch.

Um die Unterstützungsleistung und den logistischen Anteil gut zu bewältigen, müssen wir auch über die nationale Verlegeplanung zum Beispiel der Franzosen oder der Niederländer informiert sein. Im Landeskommando bin ich diesbezüglich auch nur Beobachter großer Ereignisse. Das ist Aufgabe des Allied Joint Support and Enabling Command (JSEC) der NATO. Die Drehscheibe ist nur ein Teil. Die Koordination übernimmt das Reinforcement and Sustainment Network (RSN) der NATO. Wir machen nichts allein. Alles folgt einem multilateralen Ansatz. Die Planung wird beim JSEC in Ulm gemacht, in Zusammenarbeit mit dem Operativen Führungskommando. Das muss diese Pläne mit aufnehmen. Wir haben jetzt im Vorfeld von „Steadfast Dart“ gemerkt, wie lange es gebraucht hat, nur den Plan dieser einen italienischen Brigade zu bekommen. Das führt an dieser Stelle etwas zu weit, aber auch dort ist noch ein Stück Weg zu gehen.

Es ist ein Spagat zwischen Alarmieren, ohne alarmistisch zu sein, und aufs Tempo zu drücken, aber trotzdem Geduld zu haben. 30 bis 40 Jahre Stabilisierungsphase können wir nicht in drei bis vier Jahren aufholen. Trotzdem drängt die Zeit. Das müssen wir aushalten.

Bezüglich der Drohnen sind die Zahlen in diesem Jahr eindeutig. Ich glaube, wir haben allein in Wilhelmshaven 200 000 Identitätsfeststellungen nur durch die Polizei. Ich glaube, mittlerweile sind schon bei 40 davon Verfahren anhängig, in denen klar ist, dass es sich nicht um Hobbypiloten handelt. Das heißt nicht, dass es Russen oder Chinesen waren, aber es geht um Wegwerfanten im weitesten Sinne. Der FSB macht sich nicht selbst die Hände schmutzig, sondern kauft Menschen, die Anschläge wie am Flughafen in Leipzig ausführen oder mit Lkw irgendwohin fahren, aus denen plötzlich Drohnen fliegen. Ebenso kommen Drohnen von Schiffen. So läuft das Spiel, um uns nicht zur Ruhe kommen zu lassen und um zu testen, wie lange wir brauchen, um zu reagieren. Munster ist dabei der zweite Hotspot. Auch Tannet ist betroffen, generell Knotenpunkte von Energie Providern. Die diesbezüglichen Zahlen haben im vergangenen Jahr signifikant zugenommen.

Zum Total-Defence-Konzept in Schweden kann ich sagen, dass Schweden im Verteidigungsministerium einen Minister eigens für Zivilschutz hat. Ich habe Carl-Oskar Bohlin persönlich kennengelernt, ein sehr interessanter Mann. Er war früher in der Prepperszene, wohnt auf einer kleinen Farm außerhalb von Stockholm und ist komplett autark.

Wenn man es aus einem Worst-Case-Szenario betrachtet, müsste man in der Tat alle mobilisieren. Im Krieg ist es bekanntlich immer das Gleiche: erst die Aktiven, dann die Reservisten, dann die Zivilisten. Gleichzeitig müssen wir aufpassen, nicht über das Ziel hinauszuschießen, auch hinsichtlich unseres Aufwuchspaths Personal. Die Bodenhaftung mit Blick auf die Ressourcen darf nicht verloren gehen. Wir brauchen genug Gebäude, genug Betten und genug Ausbilder. Damit sind wir auch bei der Frage, welche Liegenschaften, auch unabhängig vom Zustand, zunächst lieber in der Hand der Bundeswehr bleiben. Dabei geht es nicht um die reine Zahl, sondern auch um die Ausstattung.

Zu der Frage, was uns an der Ostflanke gegenüberstehen würde, habe ich keine konkreten Zahlen zu Kräfteverhältnissen. Ich weiß nur, dass die Streitkräfte auf 1,5 Millionen hochgefahren werden. Sie wissen, wie stark die Bundeswehr im Augenblick ist und dass von diesem Personal von aktuell etwa 184 000 weniger als 100 000 an einem Gefecht teilnehmen würden. Der Rest ist in Stäben gebunden bzw. ist nicht einsatzfähig - Stichwort „Verwaltungsarmee“. Das ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Das Verhältnis von Führungspersonal zu ausführendem Personal muss umgedreht werden.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD): Vielen Dank, Herr Oberst Wachter, für den Vortrag. Ich bin Abgeordneter aus dem Heidekreis und bewerbe mich dort im nächsten Jahr als Landrat. Der Heidekreis ist wahrscheinlich einer der Landkreise, die eher gefordert sind.

Alles, was jetzt in den Raum gestellt worden ist, auch dass sich die Gesellschaft anders aufstellen muss, funktioniert doch nur, wenn es in der Gesellschaft tatsächlich ein Bewusstsein für die Lage gibt und auch die Notwendigkeit gesehen wird, aktiv zu werden. Sonst gibt es auch keine politischen Mehrheiten. Wir stellen uns innerhalb der SPD - und auch bei den Freundinnen und Freunden der Grünen - die Frage, wie wir eigentlich den Wehrdienst ausgestalten wollen und ob es ein Pflichtjahr geben soll. Der Bundespräsident wirbt sehr für einen sogenannten Deutschlanddienst. Ich finde die Idee gut, aber bisher gibt es dafür keine politischen Mehrheiten. Dazu braucht man insgesamt in der Gesellschaft ein Bewusstsein für die Lage. Welchen Weg, glauben Sie, müssen wir einschlagen, um das zu erreichen?

Bisherige Wege, auch die deutliche Sprache des Bundesverteidigungsministers, haben angefangen, das Bewusstsein zu verändern, aber bekanntlich auch zu Empörung geführt. Am Ende sind wir noch nicht so weit. Wie Herr Bock sagte, nehmen viele die Situation, den Krieg in der Ukraine, zwar zur Kenntnis, fühlen sich aber nicht davon betroffen. Es gibt zwar die sogenannte Zeitenwende, und wir müssen natürlich mehr in die Bundeswehr investieren, aber man sieht weniger, dass das eine dauerhafte Aufgabe ist, weil wir nicht wieder in die ruhige Zeit zurückkommen, in der wir alle groß geworden sind. Wie kommen wir dort zu einer Veränderung? Was können wir dazu beitragen, dass die Bevölkerung sozusagen über das normale Maß hinaus sensibilisiert wird, ohne Panik auszulösen? Denn wir brauchen auch eine gewisse Stabilität im Land.

Dazu gehört, dass wir uns auch Gedanken darüber machen müssen, wie wir mit dem Einfluss umgehen, den Russland heute schon ausübt. Auch in Deutschlands Parlamenten sitzen Abgeordnete, die etwas anderes erzählen, etwas anderes glauben und in einer anderen Welt gefangen sind, an die man nicht herankommt. Auch ein Teil der Bevölkerung ist so unterwegs. Wie kommen wir da weiter?

Der OPLAN DEU umfasst im Wesentlichen Truppenverlagerung. Das ist aber nur ein Teil des Ganzen. Wir müssen nicht nur Truppen über Niedersachsen verlagern, sondern um verteidigungsfähig zu sein, müssen wir noch anderes Können haben. In Brandenburg sind Systemteile der ersten Anlage zur Luftverteidigung in Betrieb gegangen, in Berlin das Gemeinsame Drohnenabwehrzentrum. Aber das allein wird nicht alles sein. Wie werden wir in Niedersachsen vom weiteren Aufwuchs und dem Kompetenzaufbau der Bundeswehr betroffen sein, insbesondere mit Blick auf Munster und Bad Fallingb.-Oerbke, wo wir große Kasernenanlagen haben? Worauf müssen wir uns einstellen, auch mit Blick auf die Themen Luftverteidigung und neuer Wehrdienst? Wo wird das künftig stattfinden? Wird Niedersachsen dabei eine Rolle spielen?

Oberst **Wachter** (LKdo NI): Niedersachsen spielt immer eine Rolle, weil es eine Schlüsselregion mit Blick auf den NATO-Aufmarschplan ist. Klar ist, dass der Schutz mit Blick auf alle Dimensionen, auch im rückwärtigen Raum, zu denken ist. Deswegen brauchen wir das Konzept der Gesamtverteidigung. Militärisch werden die Kräfte jetzt ausgebracht und müssen erst aufwachsen, weil wir das jahrelang überhaupt nicht betrieben haben. Das betrifft den Heimatschutz. Er hat künftig auch Drohnenwehr in der Zielstruktur. Wir werden weitere Luftverteidigungssysteme beschaffen, die im Hinterland für Schutz und auch für Abschreckung sorgen müssen.

(Abg. Sebastian Zinke [SPD]: Auch in Niedersachsen?)

- Ja klar, überall. Nehmen wir die Drohnenabwehr. Sie wird jetzt schon immer als flächendeckend beschrieben, aber davon sind wir noch Lichtjahre entfernt. Die Bundeswehr hat zwei Zuglemente - 30 Mann sind ein Zug -, die das im Augenblick können. Ein Zug gehört zur Luftwaffe und einer zum Heer. Ähnlich ist es bei der Polizei. Das muss jetzt schleunigst ausgebaut werden, und das wird auch nicht ohne zivile Unterstützung gehen. Die Länderpolizeien und die Bundespolizei müssen das dürfen und können. Wir müssen das ebenfalls dürfen und können. Im Entwurf der Novelle des Luftsicherheitsgesetzes, das gerade vom Kabinett verabschiedet wurde, geht es genau um diesen Punkt. Es reicht nicht, die Fähigkeiten zu haben, man muss sie auch einsetzen dürfen. Ebenfalls muss klar sein, dass es auch nicht ausreichen wird, wenn das nur Polizei und Bundeswehr machen, sondern die großen relevanten Infrastruktureinrichtungen müssen das auch selbst tun dürfen - Stichwort „Werkschutz“. Denn dabei geht es um Schnelligkeit.

Das Thema Drohne ist wie das Thema KI - es wird nicht verschwinden, auch dann nicht, wenn der Krieg vorbei ist, sondern es wird noch viel stärker kommen. Es wird „gute“ Drohnen geben, die Verwundete transportieren, Post bringen und Ähnliches, und es wird immer wieder „böse“ Drohnen geben, weil die hybride Bedrohung vermutlich nicht aufhören wird. Es geht also auch um schnelles Unterscheiden zwischen Freund und Feind, zwischen von Hobbypiloten gesteuerten und gegnerischen Drohnen. Das muss, ebenso wie der zivile Luftverkehr, geordnet werden, und wer mit ausgeschaltetem Transponder fliegt - so wie die russischen Jets über der Ostsee -, wird abgeschossen. Denn er hat die falsche Entscheidung getroffen, auch wenn er nur für DHL geflogen sein sollte. Wie wollen Sie das Problem sonst fixen?

Wir müssen den Menschen - damit gehe ich auf Ihre erste Frage ein - schon klar sagen, was los ist, wo Grenzen und Möglichkeiten sind und wie wir der Lage Herr werden wollen, ohne uns erpressbar zu machen und stundenlang Flughäfen zu sperren.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD): Der bisherige Weg bzw. der Versuch, die Bevölkerung zu sensibilisieren, hat bisher noch nicht so gefruchtet, wie man es bräuchte. Das beginnt beim Thema Selbstschutz. Nicht jeder hat die Makkaroni-Packung im Keller. Ich zähle mich im Übrigen auch dazu.

Oberst **Wachter** (LKdo NI): Ich bin verhalten optimistisch. Die Zahlen, wie jetzt auf den neuen Wehrdienst angesprochen wird, sind ermutigend im Vergleich. Sie gehen erstmalig ein wenig nach oben. Der Heimatschutz wird kommen. So wie früher bei der Wehrpflicht am Wochenende über jeder Wäscheleine ein Bundeswehrhose hing, wird sich das wieder ein wenig stärker im Alltag abbilden. Auch unabhängig von unserem kostenfreien Bahnfahren wird der Fußabdruck der Bundeswehr im Land größer werden, unabhängig von den Familien oder den Freundeskreisen, die dann auch stärker betroffen sind. Das erzielt gleichzeitig hoffentlich auch einen kleinen Erziehungseffekt. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt.

Das ist ein Allemannsmanöver, wie der Bau des gesamten Hauses. Das beginnt in der Bildung und den Elternhäusern. Ich weiß, dass die Strukturen, die das früher geleistet haben, so nicht mehr vorhanden sind. Die Schulen, die Kirchen, die Elternhäuser tun sich schwer. Alle sind am Limit. Die Influencer übernehmen das Regime. Aber das darf uns nicht aufhalten, dagegen zu arbeiten. Denn das, was dieses Problem vermutlich schnell heilen würde und den Lernprozess enorm beschleunigen würde, können wir uns nicht wünschen. Das wäre eine Art Jena-Auerstedt-Event. Das Positive an der Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt war, dass die Preußen sieben Jahre später wieder bereit waren, 1813 an der Leipziger Völkerschlacht im Rahmen der Befreiungskriege teilzunehmen. Darüber zu spekulieren, ob wir das so schnell hinbekommen würden, ist nicht besonders seriös. Wir sind in dem festen Glauben groß geworden, dass es nie wieder einen Krieg in Deutschland gibt, und darin auch gefangen. Diesen Knoten müssen wir lösen, ohne zu sehr zu improvisieren. Ein etwas größerer Schock könnte das beschleunigen, aber gleichzeitig darf man sich das nicht wünschen. Aus uns selbst heraus bringen wir die Reformenergie nicht auf. Das sehen Sie in Berlin. Das Kabinett entscheidet etwas, aber dann geht es ins Land und in die Mühen der Ebene. Aber damit sind wir bei Grundsatzfragen wie der Frage, wie viele Bundesländer wir brauchen und ob wir damals nach der Wende eine Chance verpasst haben.

Aber alles das ist kein Grund aufzugeben. Wir müssen an dieser Stelle vereint zusammenstehen. Denn wir haben ein tolles Land und wollen, dass das und die Art und Weise, wie wir leben, so bleiben. Dafür muss man Opfer bringen. Das geht nur mit Bildungsarbeit und mit Kommunikation. Man muss mit gutem Vorbild vorangehen und überzeugen. Medienkompetenz muss schon in der Schule gelehrt werden, damit Fake News als solche erkannt werden. In der schwedischen Broschüre zum Zivilschutz steht sinngemäß: Wenn Schweden angegriffen wird, werden wir niemals aufgeben. Alle Informationen, dass der Widerstand aufhören wird, sind falsch. - So müssen wir auch kommunizieren.

Abg. **Pascal Leddin** (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Oberst Wachter, für die Ausführungen. Ich möchte mich in großen Teilen den Kollegen hier anschließen.

Meine Frage zielt in die gleiche Richtung wie die, die Herr Bock bereits gestellt hat. Wir haben im jüngsten Plenarabschnitt umfassend über das Thema Drohnenabwehr gesprochen, und ich habe ein paar Zitate aus dieser Debatte mitgebracht. Ich zitiere wörtlich:

„Es wird eine regelrechte Hysterie geschaffen, und es werden Maßnahmen am Stück gefordert, und das wegen ein paar Sichtungen von Drohnen unbekannter Herkunft.“

Und es wurde gesagt, Drohnen über Kasernen und Kraftwerken seien keine Spionage, sondern Alltag, weil es so viele privat registrierte Drohnen bei uns gebe. Das sei logisch. Und es gebe bis heute null bestätigte Fälle von russischen Drohnen. - Sie haben gerade zu bestätigten Drohnen und Low-Level-Agents ausgeführt. Vielleicht könnten Sie das noch einmal vertiefen, damit das auch allen deutlich wird. Denn der Wissensstand dazu war in der Debatte doch schon fast beängstigend.

Oberst **Wachter** (LKdo NI): Ich habe das zwar so gut ich konnte referiert, aber das Thema ist außerhalb meiner fachlichen Zuständigkeit. Ich will die Frage nicht abwürgen, aber das müssten wir bei einem Extratermin beleuchten. Dann würde ich mit einem Experten hierherkommen. Dann könnte man das breite Thema Drohnen einmal vertiefend behandeln und Möglichkeiten und Grenzen erörtern.

Vors. Abg. **Doris Schröder-Köpf** (SPD): Ich glaube, dass wir auf dieses Angebot zurückkommen sollten, weil das Thema Drohnen in der Tat auch die Novelle des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG) betrifft und wir sowieso noch Fachleute dazu einladen werden.

Abg. **Michael Lühmann** (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Oberst Wachter, für den sehr offenen Vortrag. Ich glaube, das ist hilfreich und immer noch notwendig. Auch meine Partei hat einen Lernprozess hinter sich, wobei ich sagen muss, dass Werner Schulz den Lernprozess weit vor vielen anderen abgeschlossen hatte. Wenn wir nach Osteuropa schauen, stellen wir fest, dass die dortigen Ängste vor russischen Angriffen schon mitten in der Zeit der Friedensdividende Wirkung gezeigt haben. Wir als westlich saturierte Gesellschaft haben das gern überhört. In Ostdeutschland war das immer Thema, weil wir uns noch an Ungarn 1956, Prag 1968, Warschau 1980 erinnert haben.

Ich habe zwei Fragen. Zunächst zur Infrastruktur. Wir haben bekanntlich immer mal wieder Angriffe auf Infrastrukturen, auf Schienennetze, auf Stromleitungen usw. Wir reden dann gern über Vulkangruppen und andere. Aber ich frage mich immer, ob man nicht ein Muster erkennen kann, wenn man zum Beispiel bei Angriffen auf Bahnlinien den OPLAN DEU darüberlegt. Wenn wir schon nicht wissen, wer dort angreift, haben wir zumindest eine Erkenntnislage dahingehend, ob diese Angriffe eine Systematik haben? Wird geprüft, ob eine Zugverspätung oder eine Stellwerkproblematik auf ein technisches Problem zurückzuführen ist oder vielleicht doch ein Angriff zugrunde liegt? Wie funktioniert der Austausch mit der Bahn und anderen Infrastrukturträgern dazu?

Meine zweite Frage betrifft den Zivilschutz. Wir reden viel über Wehrdienst, Wehrpflicht, Musterungspflicht und Ähnliches. Ich bin ein großer Freund des Freiwilligendienstes, aber ich glaube, es gibt noch keinen Freiwilligendienst im Zivilschutz. Wäre es nicht sinnvoll, dort ein Angebot zu

machen, sodass junge Menschen, die das gern wollen, entsprechende Tätigkeiten einüben können?

Dann möchte ich noch eine Anmerkung machen und an dieser Stelle für uns alle deutlich machen, dass hier eine Partei vertreten ist, die ein Teil des hybriden russischen Angriffskrieges ist. Sie lässt sich von Putin benutzen, stellt für ihn Anfragen und ist auch Teil der neuen US-amerikanischen Sicherheitsstrategie, die uns Europäer in Rückhand bringt. Das möchte ich an dieser Stelle ganz klar festhalten. Das führt mich noch zu der Frage, wie man mit der Herausforderung umgeht, dass es hier durchaus politische Kräfte gibt, die alle Informationen zu unserer Verteidigungsfähigkeit direkt weitergeben.

Oberst **Wachter** (LKdo NI): Ich fange mit dem Thema Infrastruktur an. Wir stehen mit der Bahn im engen Austausch. Erst gestern hatten wir ein Meeting in Hamburg. Ein Kollege von mir war vor Ort. Wir sind auch mit dem Sicherheitschef der Bahn und mit dem MegaHub in Lehrte in engem Austausch. Das Gleiche gilt mit Blick auf unsere eigenen militärischen Einrichtungen. Wir haben es der gegnerischen Aufklärung in den vergangenen Jahren extrem leicht gemacht. Online ist nichts verpixelt, man kann sich alles wunderbar zu Hause am Rechner anschauen.

Im Augenblick reichen die Kräfte nicht aus, um überall zu sein. Das geht der Bahn genauso, wobei sie das Thema jetzt im Rahmen ihrer Möglichkeiten und in Zusammenarbeit mit der Bundespolizei hochgefahren hat. Im Übrigen ist Wilhelmshaven das Paradebeispiel in Sachen Verwundbarkeit. Die Trafostation ist in einem kleinen Häuschen untergebracht und stellt die Stromversorgung für den gesamten Hafen und sämtliche Kaianlagen sicher. Wir schauen dort natürlich hin, aber das ist extrem angreifbar. Ich wundere mich, dass da noch nichts passiert ist. Wir haben es gegnerischen Kräften in der Vergangenheit sehr leicht gemacht, aber wir werden besser.

Zu der politischen Frage: Aus meiner Sicht sind alle Kräfte, die sich unter diesem Haus vereinen, willkommen. Aber ich habe das nicht zu entscheiden. Das ist ein politischer Aushandlungsprozess, wer mit wem zusammen kämpft und wer mit wem zusammenarbeitet.

Mit einem Pflichtjahr hätte ich persönlich gut leben können, also dass alle ein Pflichtjahr bei gleicher Bezahlung hätten leisten müssen, aber hätten wählen können, ob sie zum Beispiel einen blauen oder grünen Hut aufsetzen oder in die Altenpflege gehen. Dann hätten wir das Problem auch gelöst. Aber wir haben anders entschieden und gehen diesen Weg jetzt auch. Der Rest wird Ergebnis eines politischen Aushandlungsprozesses sein, den ich nicht schwerpunktmäßig auf meiner Ebene beheimatet sehe.

Abg. **Birgit Butter** (CDU): Vielen Dank, Herr Oberst Wachter. „Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht.“ Ich mache mir große Sorgen und frage mich unter anderem, was die personelle Ausstattung anbelangt, ob wir mit dem Wehrdienst tatsächlich die Kräfte bekommen, die wir - Hand aufs Herz - tatsächlich benötigen. Ich persönlich finde es absolut verwerflich, gegen diesen Wehrdienst zu streiken. Hoch lebe unser tolles Land mit der Meinungsfreiheit, die es möglich macht, dass junge Leute gegen diesen Wehrdienst streiken.

Ich finde es gut, dass der Wehrdienst das Thema Bundeswehr an die Frühstücks- und Esstische gebracht hat. Insofern begrüße ich auch, dass man jetzt immer häufiger wieder uniformierte Soldaten in Bussen und Bahnen sieht. Denn das soll wieder in unseren Alltag kommen. Ich bin im Sauerland groß geworden. Bei uns gab es Tiefflieger. Da musste man minutenlang das Reden

einstellen, weil es so laut war, und nach dem Manöver sah der Arnsberger Wald auch nicht mehr so schön aus wie vorher. Damit ist man groß geworden.

Herr Lühmann hatte das Thema kritische Infrastruktur schon angeschnitten. Meine Frage ist deshalb etwas konkreter. Sie haben gesagt, dass Niedersachsen - Stichwort „Drehscheibe“ - eine Schlüsselfunktion hat. Ich denke an die Küstenautobahn A 20 und daran, dass wir uns dort zum Teil noch mit dem Zählen von Uhus und Fledermäusen beschäftigen, und stelle fest, dass wir für so etwas keine Zeit mehr haben. Was können wir als Landes- und Bundesgesetzgeber tun, um diese Drehscheibe so schnell wie möglich funktionstüchtig zu machen?

Oberst **Wachter** (LKdo NI): Es gibt das Sondervermögen, von dem 1,5 % nur für Infrastruktur, im Schwerpunkt Straßen und Brücken, eingesetzt werden. Wir als Militär haben mit unseren Wallmeister-Trupps - das sind unsere Verkehrsinfrastrukturexperten - Bedarfsforderungen gestellt, auch an die Autobahnagentur. Aber letztendlich müssen die Kommunen bzw. die Baubehörden das umsetzen, und die Bauvorhaben und Ertüchtigungsmaßnahmen müssen laufen. Sie wissen vermutlich besser, auf welchen Ebenen jetzt welche Schraubchen gedreht und Bremsen gelöst werden müssen. Das Geld ist vorhanden. Die Anforderungen sind beschrieben. Wir sind mit der Planung mit Blick auf das Militärstraßengrundnetz in diesem Jahr fertig geworden. Wir haben formuliert und vorgelegt, was wir brauchen. Nächstes Jahr machen wir das noch für das zivile Straßennetz, und dann sind wir fertig. Die Brücken sind darin auch berücksichtigt, denn klar ist, dass nicht nur alles älter, sondern auch die Panzer breiter und schwerer geworden sind. Deswegen müssen wir dort etwas machen. Das ist aber, glaube ich, Konsens. Jetzt liegt es an unseren Ausschreibungsverfahren. In Bayern läuft übrigens alles, was die infrastrukturelle Ertüchtigung mit Blick auf den OPLAN betrifft, als ausschreibungsfreies Bauen. Es wäre eine Überlegung, ob das vielleicht auch hier möglich wäre.

Abg. **Birgit Butter** (CDU): Genau in diese Richtung zielte meine Frage. Danke.

Abg. **Saskia Buschmann** (CDU): Ich glaube, dass wir in der Bevölkerung - das hat Herr Zinke auch schon gesagt - tatsächlich immer noch nicht ausreichend viel Akzeptanz haben. Da ist noch erhebliches Potenzial, wenn junge Menschen auf die Straße gehen, weil sie keine Wehrpflicht möchten. Wir müssen es nicht nur auf die Bundeswehr, sondern auch auf alle anderen Bereiche beziehen. Auch im zivilen Aufgabenkreis haben wir viele Bereiche, in denen wir Menschen brauchen. Aber ich glaube, dass wir die in Deutschland benötigten Kräfte nicht so schnell zusammenbekommen.

Ich habe eine Frage zu den Kasernen. Haben Sie ausreichend viele Kasernen in Niedersachsen? Die Liegenschaft in Aurich ist im Moment stillgelegt. Die Pläne für eine zivile Nutzung sind aber auf Eis gelegt.

Dann habe ich eine Frage, die sich auf den Beginn Ihrer Ausführungen bezieht. Sie hatten mit Putin angefangen. Ist in der russischen Bevölkerung die Akzeptanz für einen Krieg auch so stark gegeben, oder hängt das maßgeblich mit der Personalie Putin zusammen? Man hört auch immer wieder, dass die Russen keinen Krieg in der jetzigen Intensität haben wollen und selbst Angst haben. Mein Kollege hat gesagt, wie viele Menschen in diesem Krieg ihr Leben verlieren.

Oberst **Wachter** (LKdo NI): Zu diesem Thema habe ich weder Fakten noch Zahlen. Beim Afghanistan-Krieg ab 1979 waren die Mütter in Moskau auf der Straße. Auch deswegen wurde der Krieg beendet, denn das Mütterchen zählt etwas in Russland. Soweit sind wir offensichtlich noch nicht, aber die Verluste sind extrem hoch, und auch wir stellen uns die Frage, wie es weitergeht. Aber es scheint, als ob Putin noch ohne nennenswerten Widerstand relativ stark durchregieren kann. Dort läuft es auch anders, Probleme werden anders gelöst. Menschen verschwinden aus Hotelzimmern. Das ist offensichtlich nach wie vor relativ effektiv.

Aurich habe ich auf meiner Liste. Wir haben sieben Kasernen bzw. Liegenschaften in Niedersachsen, auf die die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben die Hand hält, und Aurich ist dabei.

Abg. **Stephan Bothe** (AfD): Vielen Dank für den Vortrag, Herr Oberst Wachter. Zunächst möchte ich sagen, ich bin sehr froh, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht im Kriegszustand mit der Russischen Föderation ist. Ich hoffe wirklich, dass jetzt die Bemühungen gerade aus den USA fruchtbar sind und dieser schreckliche Krieg, der wahrscheinlich schon mehr als 1 Million Tote gekostet hat, bald vorbei ist. Diesbezüglich sollten wir uns alle hier einig sein.

Nichtsdestoweniger ist eine Verteidigungsfähigkeit wichtig. Dort haben Sie hohen Nachholbedarf und müssen Dinge regeln, die zu lange nicht geregelt worden sind. Wir haben einen ähnlichen Vortrag auch schon in Berlin gehört.

Aber um das Thema Drohnen abzuschließen und das klarzustellen, möchte ich Sie fragen, ob Ihnen, dem Landeskommmando, Belege für die Sichtung russischer Drohnen in Niedersachsen vorliegen. Sie sprachen von 40 Drohnen mit unklarer Herkunft. Liegen Ihnen explizit Beweise vor, dass es sich dabei um russische Militärdrohnen oder Spionagedrohnen gehandelt hat?

Oberst **Wachter** (LKdo NI): Ich kann hier keine Beweise vorlegen. 40 Verfahren sind eingeleitet. Ich weiß nicht, was dahintersteckt. Es waren auf jeden Fall keine Hobbypiloten. Ob es Russen, Chinesen oder Personen anderer Nationalität waren, entzieht sich meiner Kenntnis. Wenn wir das Thema Drohnen noch einmal in Ruhe behandeln würden, würde ich mich anders vorbereiten und Experten mitbringen, weil das Thema wie auch das Thema Infrastruktur außerhalb meiner fachlichen Zuständigkeit liegt.

Vors. Abg. **Doris Schröder-Köpf** (SPD): Ich hatte gerade schon gesagt, dass wir das Angebot gern annehmen. Gegebenenfalls können wir uns in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres noch einmal hier im Innenausschuss treffen, oder vielleicht kommt ein Vertreter zum Thema Drohnen zur Anhörung im Rahmen der Novelle des NPOG. Wir werden uns in jedem Fall bei Ihnen melden und bedanken uns ganz herzlich bei Ihnen.

Tagesordnungspunkt 2:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 19/8218](#)

erste Beratung: 70. Plenarsitzung am 10.09.2025

federführend: AfluS

mitberatend: AfRuV

zuletzt beraten: 81. Sitzung am 18.09.2025 (Bitte um schriftliche Unterrichtung)

Fortsetzung der Beratung

Beratungsgrundlage:

Vorlage 1 Schriftliche Unterrichtung des Ministeriums für Inneres, Sport und Digitalisierung vom 03.12.2025

Abg. **Stephan Bothe** (AfD) verweist zunächst auf die intensive Beratung über den Gesetzentwurf im Plenum. Anschließend nimmt er Bezug auf die schriftliche Unterrichtung durch das Innenministerium (Vorlage 1) und meint, dass dort Grundlegendes falsch dargestellt worden sei. In der Unterrichtung heiße es:

„Zweifel an einzelnen Wählbarkeitsvoraussetzungen, wie beispielsweise der Verfassungstreue der Kandidatinnen und Kandidaten, werden im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen Vorprüfung durch die Wahlleitung geklärt.“

Dafür gebe es seiner Meinung nach jedoch keine gesetzliche Grundlage. Nach geltendem Recht solle die Wahlleitung lediglich Formalien klären. Im Übrigen habe eine kommunale Wahlleitung bzw. ein Wahlausschuss aus Sicht der AfD-Fraktion nicht die nötige Kompetenz, die Verfassungstreue einer Bewerberin oder eines Bewerbers für das Amt der Hauptverwaltungsbeamtin bzw. des Hauptverwaltungsbeamten (HVB) zu prüfen.

Für den Fall, dass der Wahlausschuss Zweifel an der Verfassungstreue einer Person habe, werde in der schriftlichen Unterrichtung angeregt, dass dieser in die Lage versetzt werden könne, Auskünfte bei der Verfassungsschutzbehörde einholen zu dürfen. Er weise aber darauf hin, dass Verfassungsschutzbehörden erstens irren könnten - ihre Einschätzungen seien bereits häufig vor Gericht in Zweifel gezogen worden -, und dass zweitens der Verfassungsschutz in Niedersachsen aus seiner Sicht eine weisungsgebundene Behörde sei.

Der Gesetzentwurf der Fraktion der AfD setze an der Stelle an, an der der Wahlausschuss zu der Entscheidung komme, eine Bewerberin oder einen Bewerber für das HVB-Amt nicht zur Wahl zuzulassen, weil diese bzw. dieser offenbar nicht jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintrete. Dies sei in dem in der Begründung des Gesetzentwurfs genannten Fall in Ludwigshafen bereits geschehen. Dabei handele es sich um einen massiven Eingriff in demokratische Prozesse, insbesondere dann, wenn die betroffene Person potenziell die Möglichkeit hätte, die Wahl zu gewinnen.

Vor diesem Hintergrund schlage die AfD-Fraktion mit ihrem Gesetzentwurf vor, dass eine Nichtzulassung nur auf Grundlage einer vorherigen Feststellung durch ein Verwaltungsgericht erfolgen dürfe. Denn aktuell treffe ein Wahlausschuss, der aus Laien bestehe und sich bekanntlich aus von Parteien vorgeschlagenen Personen und damit in der Regel aus Parteimitgliedern zusammensetze, diese Entscheidung.

Die Landesregierung argumentiere in ihrer Unterrichtung gegen den Gesetzentwurf:

„Eine Einbeziehung der Verwaltungsgerichte in dem im o. g. Gesetzentwurf vorgesehenen Sinne ist vor diesem Hintergrund nicht nur nicht erforderlich, sondern würde den bewährten Charakter der Wahl als gesellschaftliche Selbstorganisation in Frage stellen.“

So betrachtet würde aus seiner Sicht auch die Polizei in die gesellschaftliche Selbstorganisation eingreifen, indem sie gegen Straftaten vorgehe. Bei einem so weitreichenden Beschluss wie einem Wahlausschluss müsse es für die betroffene Person die Möglichkeit geben, einzugreifen. Es gehe um Rechtsstaatlichkeit anstelle von Willkür, und so sei auch der vorliegende Gesetzentwurf zu verstehen.

Abg. **Michael Lühmann** (GRÜNE) teilt die Einschätzung der Landesregierung in Vorlage 1, dass der Vorschlag der AfD-Fraktion weder notwendig noch sachgerecht sei. Er verschiebe die Frage nach der Verfassungstreue lediglich in Richtung Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Zudem werde bereits jetzt im Zweifelsfall in der Regel zugunsten des Bewerbers entschieden. Dies entspreche auch dem Demokratieprinzip.

Im Übrigen sei der Vorschlag der AfD-Fraktion, dass die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Partei keine Zweifel an der Treue zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung begründen dürften, geradezu absurd. Das Grundgesetz besage, dass Parteien, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vorgingen oder sie auch nur beeinträchtigten, verfassungswidrig seien, und dass die AfD verfassungswidrig sei, habe ihr das Bundesamt für Verfassungsschutz attestiert. Dennoch bleibe es bei der Wahlzulassung bei einer Einzelfallprüfung, denn das Verfahren müsse ordentlich und rechtskonform ablaufen.

Vor diesem Hintergrund sehe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen keine Notwendigkeit für eine Gesetzesänderung und keinen Handlungsbedarf.

Abg. **Stephan Bothe** (AfD) erwidert, dass am Ende das Bundesverfassungsgericht entscheide, ob eine Partei extremistisch sei, und niemand anderes. Das eine sei eine Einschätzung des Verfassungsschutzes, das andere ein rechtssicheres Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Abg. **Michael Lühmann** (GRÜNE) stellt daraufhin klar, dass die Feststellung der Verfassungswidrigkeit zwar dem Bundesverfassungsgericht obliege, die Feststellung, dass eine Partei als gesichert rechtsextremistisch anzusehen sei, aber dem Verfassungsschutz.

Abg. **Ulrich Watermann** (SPD) kommt auf den Gesetzentwurf zurück und erklärt, die SPD-Fraktion werde ihn ablehnen. Er sei aus seiner Sicht „nur Show“, denn man habe bereits ein funktionierendes Verfahren.

Die Ordnungsmäßigkeit der niedersächsischen Regelungen habe sich zum Beispiel mit Blick auf die jüngste Landtagswahl gezeigt. Im Nachgang dieser sei ein längeres Wahlprüfungsverfahren geführt worden, weil die AfD ihren Wahlvorschlag in der Coronazeit von einer Delegiertenversammlung habe machen lassen, obwohl dies die Satzung der Partei zum damaligen Zeitpunkt gar nicht vorgesehen habe. Die Landeswahlleiterin habe den Vorschlag seinerzeit dennoch akzeptiert, weil zeitlich keine weiteren Versammlungen mehr möglich gewesen seien. Der Niedersächsische Staatsgerichtshof habe letztlich entschieden, dass dieses Vorgehen rechtmäßig gewesen sei, und die Klage abgewiesen.

Auch vor Ort in den Kommunen liefen die Aufstellungsverfahren ordnungsgemäß ab. So spielten bei der Frage, ob kommunale Wahlausschüsse Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl zuließen, mehrere Faktoren eine Rolle. Einer dieser Faktoren mit Blick auf die HVB sei dabei nun einmal, dass bei diesen gewährleistet sein müsse, dass sie jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einträten. Sehe der Wahlausschuss diese Bedingung als nicht erfüllt an, werde die Bewerberin bzw. der Bewerber nicht zugelassen. Diese Entscheidung könne dann im Nachhinein angefochten werden.

Abg. **Stephan Bothe** (AfD) sagt, Abg. Watermann habe einen durchaus wichtigen Aspekt angesprochen, nämlich die Anfechtung einer Wahl im Nachhinein. In dem Gesetzentwurf gehe es aber um die Vorverlagerung der gerichtlichen Prüfung. Denn der Fall in Ludwigshafen habe gezeigt, dass dort aktuell ein Rechtsdefizit bestehe, weil der Bewerber keine Möglichkeit gehabt habe, die Nichtzulassung noch im Vorfeld der Wahl überprüfen zu lassen. Eine Prüfung im Nachhinein berge im Übrigen das Risiko einer Wahlwiederholung, wenn das Gericht den Wahlauschluss für unzulässig erkläre.

Abg. **André Bock** (CDU) erklärt, dass auch die CDU-Fraktion die Initiative der AfD-Fraktion ablehnen werde. Seine Vorredner hätten bereits die wesentlichen Argumente benannt. Im Übrigen könne eine Parteimitgliedschaft sehr wohl ein Hinweis auf fehlende Verfassungstreue sein. Dies werde dann im Einzelfall geprüft, und dies sei auch gut so.

Abg. **Stephan Bothe** (AfD) fragt abschließend die Vertreterin des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes, ob der GBD rechtliche Hürden mit Blick auf den vorliegenden Gesetzentwurf erkenne.

ParLR'in **Brüggeshemke** (GBD) weist zum Verfahren darauf hin, dass sich der GBD aus Kapazitätsgründen insbesondere mit schwierigen Fragestellungen eines Gesetzentwurfs der Opposition erst dann befasse, wenn eine Mehrheit signalisiere, diesem nähertreten zu wollen. Da dies bei dem vorliegenden Gesetzentwurf bislang nicht der Fall gewesen sei, habe der GBD ihn noch nicht geprüft.

Der in der Begründung genannte Fall sowie andere Fälle würden allerdings bereits in der juristischen Literatur thematisiert. In den *Niedersächsischen Verwaltungsblättern* sei beispielsweise kürzlich ein Aufsatz erschienen, der die Relevanz aktiver Mitgliedschaft in einer als verfassungsfeindlich eingestuften Partei für die Verfassungstreue kommunaler Wahlbeamter diskutiere.³ Auch der Unterrichtung durch die Landesregierung sei zu entnehmen, dass es umstritten und

³ Der Aufsatz ist den Ausschussmitgliedern per E-Mail vom 2. März 2026 zugegangen.

vom Bundesverwaltungsgericht noch nicht endgültig entschieden worden sei, ob allein eine Mitgliedschaft in einer Partei, die Ziele verfolge, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar seien, ausreiche, berechnete Zweifel zu begründen.

Abg. **Stephan Bothe** (AfD) fasst zusammen, dass offenbar nicht angedacht sei, dem Gesetzentwurf näherzutreten, und schlägt vor, die Beratung abzuschließen.

Beschluss

Der federführende **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

Der Beschluss ergeht vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen.

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Birgit Butter (CDU).

Tagesordnungspunkt 3:

Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken - Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5071](#)

erste Beratung: 46. Plenarsitzung am 29.08.2024

federführend: AfVerfSch

mitberatend: AfluS

Der vorliegende Antrag ist im federführenden Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes gemeinsam mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen ([Drs. 19/5930](#)) beraten worden, wobei der Ausschuss dem Landtag empfohlen hat, den Gesetzentwurf anzunehmen und den Antrag der CDU-Fraktion abzulehnen.

Mitberatung

Abg. **André Bock** (CDU) appelliert an die regierungstragenden Fraktionen, den Entschließungsantrag zu unterstützen. Dieser zeige auf, was zu tun wäre, um den Verfassungsschutz besser auszustatten und mehr Möglichkeiten in der Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz zu haben, beispielsweise beim Thema Organisierte Kriminalität bzw. Clankriminalität. Andere Bundesländer seien diesbezüglich bereits sehr erfolgreich vorangeschritten.

Ferner fordere die CDU-Fraktion, den Verfassungsschutz im Zuge der Überarbeitung des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes zu stärken - etwa bezüglich der Zweijahresfrist zur Überprüfung, ob die Voraussetzungen für eine Beobachtung eines Personenzusammenschlusses bzw. einer Einzelperson weiterhin vorlägen. In diesen schwierigen Zeiten, in denen die Demokratie nicht nur von außen, sondern auch von innen - Stichwort „Extremismus“ - bedroht werde, gelte es, zeitnah die Rechtsgrundlage zu schaffen, um die Behörde finanziell, technisch und personell in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben optimal zu erfüllen.

Würden die Inhalte des Entschließungsantrag umgesetzt, wäre Niedersachsen bezüglich des Verfassungsschutzes an der Spitze der Bundesländer. Andernfalls bleibe man im Mittelfeld.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD) erwidert, für die SPD-Fraktion sei es kein Maßstab, bezüglich möglichst weitreichender Maßnahmen und Befugnisse an die Spitze der Länder zu kommen. Zielführend sei vielmehr, mit Blick auf das Wahren des Gleichgewichts zwischen Sicherheit und Freiheit an die Spitze zu kommen. Dafür Sorge der Gesetzentwurf, den die Landesregierung vorgelegt habe.

Im Übrigen seien viele Punkte aus dem Entschließungsantrag bereits im Gesetzentwurf der Landesregierung enthalten. Andere Forderungen, wie die Beobachtung der Organisierten Kriminalität als neue Aufgabe des Verfassungsschutzes, seien in der Anhörung kritisch diskutiert worden. Einige Bundesländer, die dem Verfassungsschutz diese Aufgabe zugeschrieben hätten, hätten diese Regelung wieder gestrichen. Zudem könnten bereits heute Erkenntnisse zur Organisierten Kriminalität zwischen Polizei und Verfassungsschutz ausgetauscht werden. Diese

zusätzliche Aufgabe sei also unnötig. Die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität liege in der Verantwortung der Polizei, die dieser in Niedersachsen hervorragend nachkomme. Verfassungsschutz und Polizei müssten klar getrennt bleiben.

Aus seiner Sicht hätte die CDU-Fraktion den Antrag längst zurückziehen müssen. Da sie dies aber nicht getan habe, werde die SPD-Fraktion den Antrag im Plenum ablehnen und den Gesetzentwurf der Landesregierung annehmen.

Abg. **Michael Lühmann** (GRÜNE) schließt sich der Forderung an, die klare Aufgabentrennung von Polizei und Verfassungsschutz beizubehalten, und stellt fest, dass der Verfassungsschutz nicht für alle Problemlagen im Land zuständig sein könne. Bestimmte Phänomene wie rechts-extremistische Tendenzen gelte es, in erster Linie politisch zu bekämpfen.

Abg. **Stephan Bothe** (AfD) kündigt an, die AfD-Fraktion werde den Entschließungsantrag ablehnen. Über die Gründe werden man im Plenum sprechen.

Beschluss

Der **Ausschuss** schließt sich dem Votum des federführenden Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes an, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE, AfD

Ablehnung: CDU

Enthaltung: -



LANDESKOMMANDO NIEDERSACHSEN

Vortrag Oberst Wachter beim Niedersächsischen Landtag am 11.12.2025



BUNDESWEHR

AKTUELLE BEDROHUNGSLAGE - RUSSLAND



„Der Zerfall der Sowjetunion war die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“

Putin, 2005

„Das ist nicht die Frage. Aber wenn ich wollte, könnte ich Kiew in zwei Wochen einnehmen.“

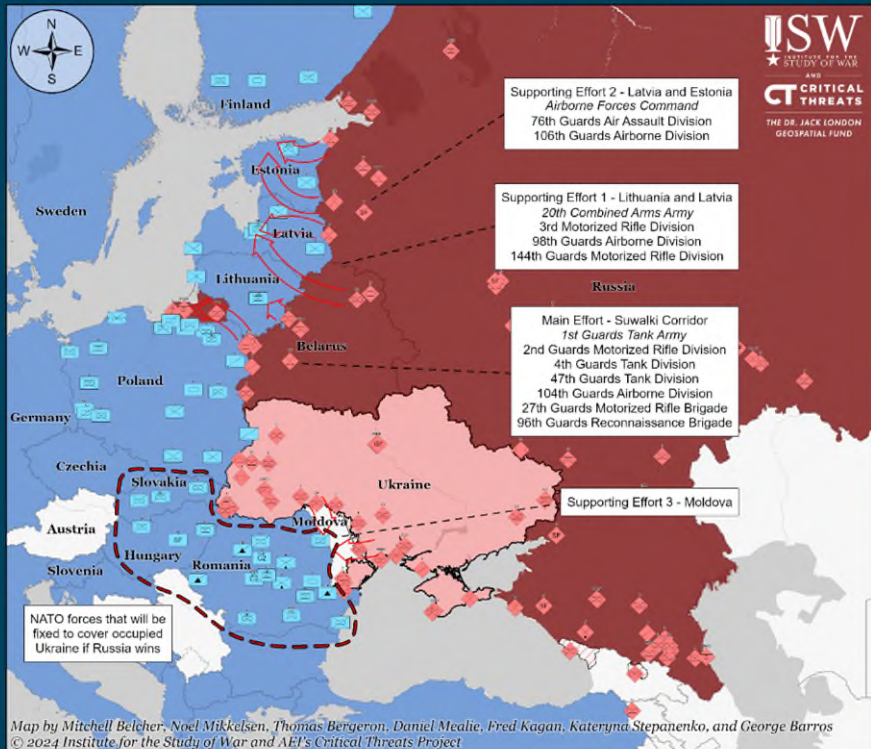
Putin, in einem Telefonat mit dem Präsidenten der EU-Kommission José Manuel Barroso auf die Frage, ob russische Truppen die Grenze zur Ostukraine überschritten hätten. 02.09.2014

„Westliche Nationen müssen erkennen, dass wir auch Waffen haben, die Ziele auf ihrem Territorium treffen können (...) All das droht wirklich ein Konflikt mit dem Einsatz von Atomwaffen und der Zerstörung der Zivilisation zu werden. Verstehen sie das nicht?“

Putin, Rede zur Lage der Nation, 29.02.2022

AKTUELLE BEDROHUNGSLAGE - RUSSLAND

Russia Victory: Baltic Invasion Scenario Analytical Assessment April 15, 2024



Aktuell keine Hinweise auf eine RUS Absicht zu einer konventionellen Auseinandersetzung mit der NATO

Trotzdem bereitet sich RUS bis Ende der Dekade auf einen großmaßstäblichen Krieg mit der NATO vor

RUS erhöht sein Militär auf 1,5 Million Soldaten und strukturiert sein SK um

RUS hat auf Kriegswirtschaft umgestellt und modernisiert vorhandene Fähigkeiten, bei gleichzeitiger Erhöhung der Neuproduktion

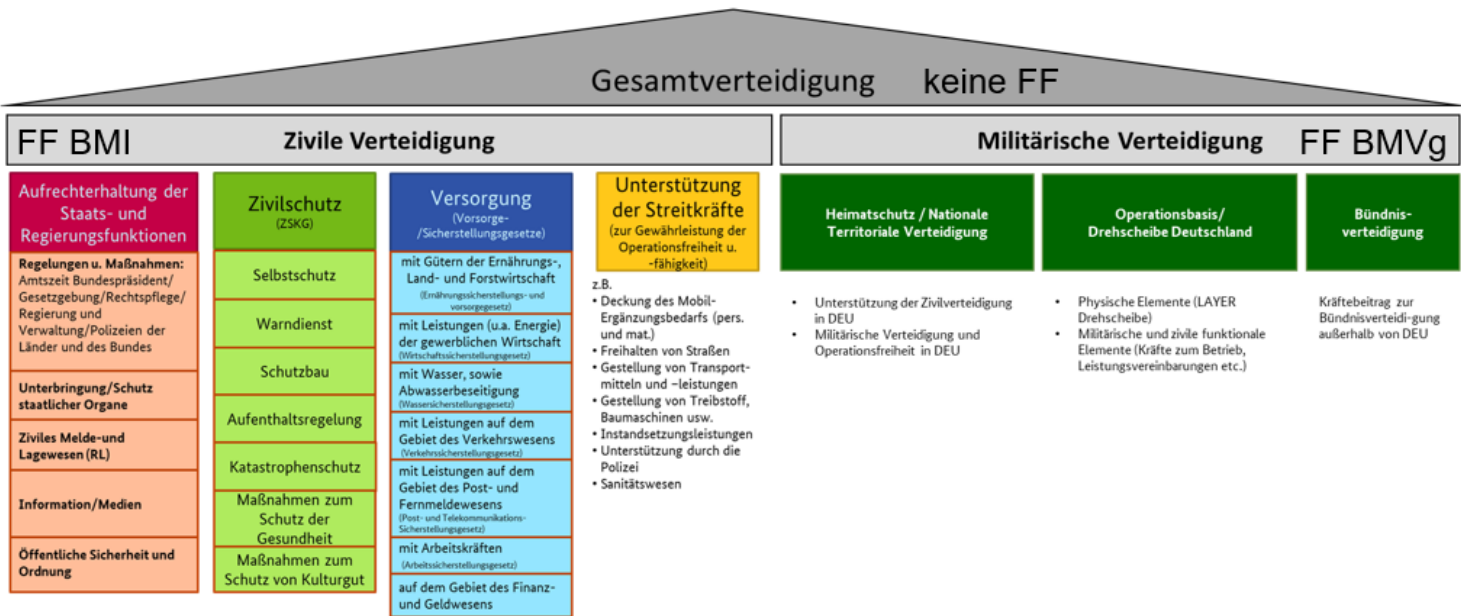
Auch diese Maßnahmen kompensieren die derzeitigen Verluste und tragen zur Durchhaltefähigkeit und Aufbau der Streitkräfte bei



- Deutschland spielt in NATO-Planungen wesentliche Rolle als **Drehscheibe** für den Aufmarsch und die Verlegung von Kräften zur Verteidigung des Bündnisgebiets.
- NATO hat New Force Modell mit Kräften in einer Stärke von insgesamt **800.000 Soldaten** in drei Bereitschaftsphasen beschlossen:
 - NTM 10 (100.000)
 - NTM 10-30 (200.000)
 - NTM 30-180 (500.000)

Landes- und Bündnisverteidigung beginnt für Deutschland nicht erst im Spannungs- und Verteidigungsfall, sondern sie muss bereits im Frieden angelegt sein.

Quelle: TerrFüKdoBw



Der Beitrag Deutschlands zu glaubhafter Abschreckung der NATO:

- Deutsche Streitkräfte zum Schutz des NATO Bündnisgebietes,
- Gemeinsames Gewährleisten des Funktionierens der „Drehscheibe Deutschland“ und
- Zivilverteidigungsbereitschaft.



LANDESKOMMANDO NIEDERSACHSEN

Vortrag Oberst Wachter beim Niedersächsischen Landtag am 11.12.2025



BUNDESWEHR